

# Kein schöner Länd

Planieren, bauen, asphaltieren – lange Zeit war es unumstritten, dass Städte und Dörfer nur wachsen können, wenn sie neue Gewerbe- und Wohngebiete aus dem Boden stampfen. Doch inzwischen regt sich auch hier in der Region immer mehr Widerstand gegen den Betonwahn der Kommunen.



Text: DANIEL GRIESHABER  
Fotos: TORSTEN REDLER

## Heidelberg: Streit um den Ochsenkopf

Eine romantische Streuobstwiese ist es nicht gerade, das Gelände, auf dem Karin Weber an diesem regnerischen Frühlingstag steht. Ein paar knorrige Bäume, Büsche und Sträucher wachsen hier und vor allem sehr viel sehr hohes Gras. Doch es ist ein Stück Grün, umgeben von Reihenhäusern und Schulen, Gleisen und einer Bundesstraße. Dank Menschen wie Karin Weber ist der Große Ochsenkopf, wie das rund vier Hektar große Gelände am Rande von Heidelberg genannt wird, noch immer grün und nicht ebenfalls schon grau.

„Der Ochsenkopf sieht zwar auf den ersten Blick nicht spektakulär aus, als unversiegelte Fläche ist er aber wichtig für Heidelberg“, erklärt Weber, während sie auf einem kleinen Pfad Richtung Pfaffengrund spaziert. Leute aus Bergheim und aus der Bahnstadt führen hier ihre Hunde aus, joggen oder hängen einfach mal im Grünen ab.

Mehr als 100 Arten von Blütenpflanzen haben die Naturschützer\*innen vom NABU hier gezählt. Bäume, Büsche und Hecken bieten vielen Vogelarten gute Nistbedingungen und Insekten lieben solche Freiräume ohnehin. „Die wichtigste Funktion des Ochsenkopfs ist aber seine Rolle im Stadtklima“, sagt Weber. Zum einen versorgt er die Stadtteile Pfaffengrund und Wieblingen mit frischer Luft, die aus dem Neckartal über den Ochsenkopf ziehen kann, zum anderen kühlt er die Luft, wovon auch das angrenzende Bergheim profitiert. „Das können Sie genau so im Stadtklimagutachten nachlesen“, betont Weber.

Dieses Gutachten hat die Stadt 2015 in Auftrag gegeben, um „klimaökologische Aspekte bei der Stadtentwicklungsplanung (...) zu berücksichtigen“. Darin steht, dass der Große Ochsenkopf trotz seiner relativ geringen Fläche bioklimatisch eine wichtige Rolle spiele und deshalb auch „in seiner Funktion als Ausgleichsraum und Ventilationsfläche in Zukunft erhalten bleiben solle“. Den Gemeinderat hielt das jedoch nicht davon ab, im Dezember 2018 den Bau eines neu-

en Betriebshofs für die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) auf dem Gelände zu beschließen.

Dieser Beschluss alarmierte Karin Weber und ihre Mitstreiter\*innen. „Wir hatten bereits eine Initiative für den Erhalt einer kleineren Freifläche am Neckarufer gegründet.“ Anfang 2019 sammelte das „Bündnis Bürgerentscheid Klimaschutz Heidelberg“ innerhalb von sieben Wochen 12.000 Unterschriften von Heidelberger\*innen für einen Bürgerentscheid, 8.000 wären nur notwendig gewesen. Im Juli folgte der Entscheid, bei dem sich 57 Prozent gegen die Bebauung des Ochsenkopfs aussprachen. Ein großer Erfolg – und doch mussten die Aktivist\*innen zittern. Sie hatten das Quorum von 20 Prozent aller Wahlberechtigten knapp verpasst, damit war der Entscheid für den Gemeinderat nicht bindend. Im Oktober dann das große Aufatmen, als der Rat denkbar knapp mit 25 zu 24 Stimmen dafür votierte, den Bürgerentscheid dennoch anzuerkennen.

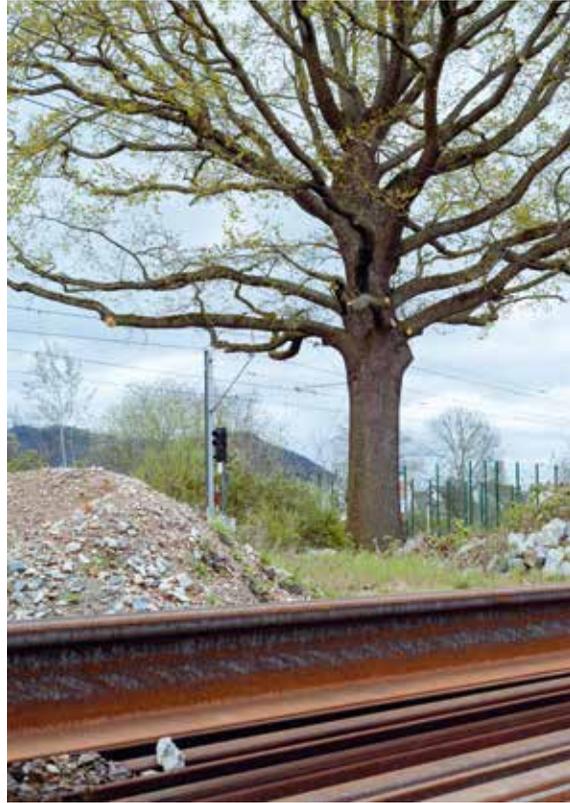


Ochsenkopf oder nicht? Karin Weber auf der umstrittenen Fläche jenseits der ÖEG-Schienen.

Alles in Butter also am Ochsenkopf? Nicht wirklich. Denn zum einen hat die Auseinandersetzung Narben hinterlassen. „Es war aus unserer Sicht keine sachliche Debatte. Die Stadt und der OB haben versucht, den Entscheid in Richtung Naturschutz gegen ÖPNV zu drehen und uns unterstellt, dass wir gegen einen Ausbau des ÖPNV wären.“ Monatelang waren Karin Weber und ihre Mitstreiter\*innen damit beschäftigt, die Argumente von Stadtverwaltung und RNV, die den Betriebshof auf dem Ochsenkopf als alternativlos darstellten, zu entkräften. Da sie früher Verkehrsplanerin bei der Deutschen Bahn war, brachte sie Expertise mit. „Dennoch war es ein Kampf David gegen Goliath.“ 200.000 Euro, schätzten Expert\*innen seinerzeit, hätten Stadt und RNV für die Kommunikation zum Bürgerentscheid ausgegeben. Die Initiative konnte dem nur einen Bruchteil entgegensetzen.

Zum anderen droht neuer Ärger. Weber führt auf das Areal jenseits der OEG-Schienen. Der Boden ist mit Ästen, Zweigen und Sägespänen bedeckt, rotweiße Absperrbänder flattern im Wind, überall Plastikflaschen, Sprühdosen und anderer Müll. Das Werk eines Rodungstrupps vor wenigen Tagen. „Hier war vorher alles dicht bewachsen, ein wichtiger Rückzugs- und Brutraum für Vögel“, sagt Karin Weber. Sie ist empört. „Die Rodung war ganz klar widerrechtlich. Wir haben deshalb Anzeige erstattet.“

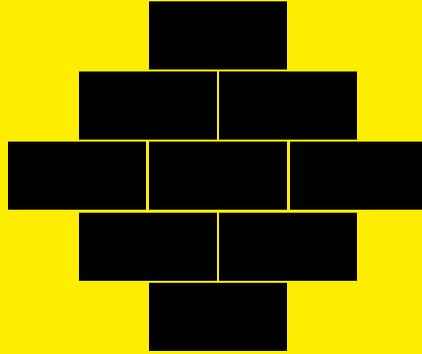
Nun geht es um die Frage, ob dieses Stück Land zwischen den Schienen zum Großen Ochsenkopf gehört oder nicht. Ja, sagen das Bündnis und seine Unterstützer\*innen – Verbände wie der NABU und Teile des Heidelberger Gemeinderats. Nein, sagen die Stadt Heidelberg, die RNV sowie der restliche Gemeinderat. Sie wollen hier eine Abstellanlage bauen mit Platz für 20 Straßenbahnen. Diese, so die Argumentation, werde während des Umbaus des alten Betriebshofs benötigt. In den Augen von Karin Weber und ihren Mitstreiter\*innen hintergeht die Stadt Heidelberg mit diesem Vorhaben die Entscheidung, den Ochsenkopf zu schützen. Und tatsächlich zeigt ein Blick in die Unterlagen, dass die Fläche, die laut Gemeinderatsbeschluss von einer Gewerbefläche in eine Grünfläche umgewidmet werden soll, nicht mit der Fläche übereinstimmt, für die die Stadt beim zuständigen Nachbarschaftsverband Mannheim-Heidelberg die Umwidmung beantragt hat. Das Areal zwischen den Schienen wurde dort ausgespart.



Baum in Gefahr: Würde die Abstellanlage auf dem Ochsenkopf gebaut, müsste auch diese alte Eiche weichen.

## „Die Rodung war ganz klar widerrechtlich. Wir haben Anzeige erstattet.“

Klimaschutz-Bündnis, NABU und die Fraktion „Bunte Linke“ haben deshalb beim Nachbarschaftsverband Beschwerde eingereicht und eine entsprechende Änderung des Antrags gefordert. Hinzu kommt, dass sich ein Investor am westlichen Ende des Ochsenkopfs ein Vorkaufsrecht für eine kleinere Fläche gesichert und ein Bauvorhaben – die Erweiterung der angrenzenden Heidelberg International School – für diese Fläche angekündigt hat. Am östlichen Rand plant die Stadt zudem eine Rad- und Fußgängerbrücke. „Wenn das alles umgesetzt wird, dann bleibt vom Ochsenkopf wenig übrig“, beklagt Karin Weber. „Für uns ist das ein weiterer Beleg dafür, dass die Stadt uns mit einer Salami-Taktik hinhalten will und weder den Klimaschutz noch den Willen ihrer Bürger\*innen ernstnimmt.“



# „Es wird zu viel vom Falschen gebaut“

Rund sechs Hektar Land verschwinden in Baden-Württemberg täglich unter Beton und Asphalt. Pro Jahr macht das knapp 22 Quadratkilometer, was der Gesamtfläche von Schwetzingen entspricht. „Es wird zu viel vom Falschen gebaut“, sagt Stefan Flaig, Experte für Siedlungsentwicklung beim Stuttgarter Beratungsunternehmen Ökonsult. „Wenn Kommunen Siedlungsgebiete ausweisen, geht es ihnen fast immer um junge Familien, die sich ein eigenes Haus leisten können“, erklärt Flaig. „Doch die demografischen Daten zeigen, dass diese Zielgruppe immer kleiner wird.“ Der künftige Bedarf an Einfamilienhäusern sei durch den Bestand schon längst gedeckt. „Was stattdessen wichtig wäre, wären Wohnangebote für ältere Menschen und günstige Mietwohnungen für Familien mit niedrigerem Einkommen.“

Den Kommunen, die immer noch glauben, nur durch Neubaugebiete mit Eigenheimen wachsen zu können, prophezeit er ein Fiasko: Sie erschließen immer neue Einfamilienhaus-Wohngebiete, durch die in naher Zukunft immer mehr Häuser im Bestand leer stehen werden. „Das gilt auch für die Ballungs-

zentren“, warnt Flaig, „auch wenn dort die Einfamilienhäuser noch kaum auf den Markt kommen.“ Das Ergebnis: Mehr Siedlungsfläche, mehr Kosten für die Infrastruktur, ohne das erhoffte Mehr an Steuereinnahmen durch mehr Einwohner.

Die Kommunen sollten sich stattdessen darauf konzentrieren, dass altersgerechte Wohnungen und preiswerte Mietwohnungen gebaut werden, empfiehlt Flaig. „Keine junge, vermögende Familie muss auf ihren Traum vom Einfamilienhaus verzichten, im Bestand gibt es davon genug für alle“, ist Flaig überzeugt.

Joachim Förster, Bürgermeister von Nußloch, sieht das ähnlich, wenn auch mit Einschränkungen. 350 zusätzliche Wohnungen, so die Prognosen, benötigt die 11.000-Einwohner\*innen-Kommune in den nächsten Jahren. „Ganz ohne Neubauten wird das nicht gehen“, sagt er. Dennoch sieht er die Rechnung, dass Wachstum nur durch zusätzlichen Flächenverbrauch möglich ist, kritisch. Anfang des Jahres haben sich die Nußlocher Bürger\*innen beim einem Entscheid mit großer Mehrheit gegen die Bebauung eines Areals am Ortsrand

ausgesprochen. Förster sieht dieses Ergebnis als klaren Auftrag, auch andere Ansätze zu verfolgen. Eine Möglichkeit sieht er ebenfalls in attraktiven Wohnangeboten für ältere Menschen im Ortskern. „Ältere Menschen, die heute vielleicht vereinzelt in Einfamilienhäusern am Rand wohnen, würden so von kürzeren Wegen und mehr Gemeinschaft profitieren.“ Voraussetzung sei allerdings, dass die Kommunen ihre Ortskerne aufwerten.

Und auch in Sachen Gewerbegebiete rät Förster zur Vorsicht. „Man muss schon genau hinschauen, ob sich das für uns als Kommune rechnet“, sagt er. Tatsächlich gibt es inzwischen zahlreiche Studien, die belegen, dass sich immer neue Gewerbegebiete für Kommunen nicht rechnen, insbesondere wenn man die langfristigen Gesamtkosten betrachtet. „Wesentlich sinnvoller wäre es, wenn die Kommunen ihre bereits erschlossenen Gewerbeflächen in einem ‚Pool‘ gemeinsam vermarkten und sich Kosten und Einnahmen teilen“, rät Stefan Flaig. „So vermeiden sie einen ruinösen Wettbewerb und neue Flächenversiegelung.“ ■

## Weinheim: Firmen statt Felder?

Weinheim, ein drückend heißer Junitag. Seit Wochen hat es nicht geregnet. Einer jener Tage, die deutlich machen, was der Klimawandel für die Region bedeutet. Karl Bär fährt auf einem klapprigen Rad in ein Gewerbegebiet im Weinheimer Westen. Eine kleine Stichstraße führt zwischen Firmengebäuden auf eine Freifläche, die als Hintere Mult zum Zankapfel geworden ist.

Angefangen hat die Auseinandersetzung mit den Expansionswünschen des Industriebetriebs, der hier sein Firmengelände hat. Die Stadt wollte diese Wünsche erfüllen und kam auf die Idee, gleich die gesamten 12,5 Hektar der Hintere Mult in ein Gewerbegebiet zu verwandeln. Bislang nutzen Landwirt\*innen die Fläche. Auf einem Acker baut ein Milchbauer Gras an, weiter hinten wachsen Getreide und Mais. Bär ist Vorsitzender des Bauernverbands Weinheim. Er findet die Idee der Stadt weniger gut.

Als Landwirt kennt sich Bär mit Grund und Boden aus, auch mit den Preisen. Die Stadt, erklärt er, wolle das Gelände zum Schleuderpreis veräußern: 185 Euro pro Quadratmeter. Weiter nach Osten den Hang hinauf lägen die Grundpreise bei fast 2.000 Euro und auch im Westen, etwas weniger attraktiv, immer noch bei 400 Euro. „Wie die Stadt hier noch Geld verdienen will, ist mir rätselhaft“, sagt Bär. Und auch den warmen Gewerbesteuerregen sieht Bär nicht wirklich, da das Unternehmen seine Investitionen in die Expansion in den

kommenden Jahren geltend machen könne und somit als Gewerbesteuerzahler weitgehend ausfalle.

Doch Bär geht es nicht nur um Finanzen. „Der Boden hier gehört zu den besten in ganz Baden-Württemberg“, erklärt der Landwirt. Fruchtbar, mit viel Lehm, der das Wasser gut hält. „In den heutigen Zeiten, in denen es hier immer trockener und wärmer wird, ist das ein großer Vorteil. Wir müssen hier nicht bewässern.“ Tatsächlich sieht das Gras auf dem Acker recht grün aus, während andernorts die Steppe grüßt.

## „Der Boden hier gehört zu den besten in ganz Baden-Württemberg.“

Für die Landwirte, die die Hintere Mult seit Jahrzehnten nutzen, hätte das Gewerbegebiet gravierende Folgen. Die möglichen Ausgleichsflächen liegen nicht in der Nähe ihrer Höfe. Das bedeutet: längere Wege, höherer Zeitaufwand, mehr Kosten und womöglich weniger Ertrag, weil die Böden nicht so gut sind. „In Weinheim herrscht ein Überangebot an Gewerbeflächen“, schimpft er. Vor einigen Jahren habe die Stadt am nördlichen Stadtausgang das zwölf Hektar große Gewerbegebiet Langmaasweg entwickelt. „Von den 31 städtischen Grundstücken dort sind nur etwa die Hälfte verkauft und bebaut“, sagt Bär.



Wem gehört das Land? Die Stadt Weinheim will die Hintere Mult als Gewerbegebiet entwickeln. Landwirt\*innen und Naturschützer\*innen haben etwas dagegen.

## KEIN SCHÖNER LÄND

Die Stadt hält dennoch an den Entwicklungsplänen fest, wie Oberbürgermeister Manuel Just auf Anfrage bestätigt: „Gemeinsam mit der Mehrheit des Gemeinderates bin ich nach wie vor der Ansicht, dass eine Entwicklung des Areals für die Stadt und ihre Menschen sinnvoll ist.“ Die Argumente sind die üblichen: Bei einer Nicht-Entwicklung würden die Unternehmen „wahrscheinlich“ einen anderen Standort suchen und der Stadt Arbeitsplätze verloren gehen.

Karl Bär kennt diese Argumente und er hält nicht viel von ihnen. Jenes Unternehmen, sagt er, habe schon zuvor einen Umzug ins Spiel gebracht, passiert sei aber nichts. Und Bär weiß, wovon er spricht. Er ist nicht nur Vorsitzender des Bauernverbands, sondern auch einer von zwei FDP-Stadträten im Gemeinderat. Dort hat sich die kuriose Konstellation ergeben, dass sich die FDP gemeinsam mit der Grün-Alternativen Liste und den Linken gegen ein Gewerbegebiet Hintere Milt positioniert hat. Genau genommen sind sie für einen Bürgerentscheid, der nach Auffassung der Gemeinderatsmehrheit und des OB jedoch gar nicht möglich ist.

Mitten in der Weinheimer Fußgängerzone steht Ingrid Hagenbruch an einem Infostand zur Hintere Milt. Sie ist Vorsitzende der Bürgerinitiative Breitenwiesen. Vor gut zehn Jahren hat sich die Initiative erfolgreich gegen die Bebauung des namensgebenden, gut 36 Hektar großen Areals im Nordwesten Weinheims gewehrt – mittels eines Bürgerentscheids und

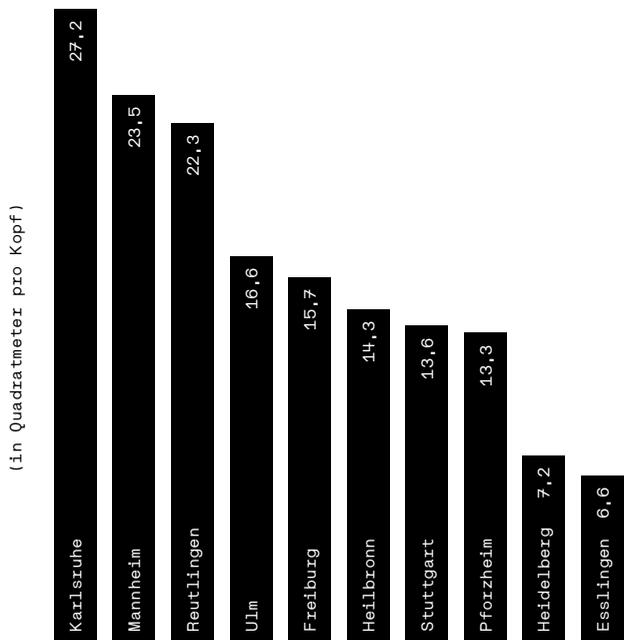


„Wenn ein Boden erst einmal versiegelt ist, ist er für uns verloren.“ Karl Bär ist Vorsitzender des Bauernverbands Weinheim, FDP-Stadtrat und Gegner des Gewerbegebiets.

einer Koalition von Umweltschützer\*innen und Landwirt\*innen. Hagenbruch informiert Passant\*innen über die Hintere Milt und sammelt Unterschriften. Ginge es nach dem Gemeinderat, könnte sie sich diesen Aufwand sparen. Anfang des Jahres hat der Rat mit 19 zu 15 Stimmen die Auffassung des Weinheimer Oberbürgermeisters Manuel Just bestätigt, dass ein Bürgerentscheid zur Hintere Milt rechtlich nicht möglich sei. Verwaltungsjuristische Fragen spielen da eine Rolle, zu denen es auch unter Experten durchaus kontroverse Ansichten gibt.

Hagenbruch, selbst Anwältin, geht es in dieser Sache jedoch weniger um Juristisches als um den Umgang mit den Bürger\*innen. „Wir haben Anfang des Jahres innerhalb von zwei Monaten 4.980 Unterschriften von Weinheimerinnen und Weinheimern gesammelt, die sich gegen die Bebauung der Hintere Milt und für einen Bürgerentscheid ausgesprochen haben“, berichtet Hagenbruch. „Das sind fast doppelt so viele, wie wir für einen Bürgerentscheid benötigt hätten.“ Die Manöver der Stadtverwaltung sind für sie Mittel zum Zweck, um die eigenen Ziele durchzusetzen. Die Bürgerinitiative hat beim Regierungspräsidium Einspruch gegen die Ablehnung des Bürgerentscheids eingelegt. Und selbst wenn dieser Einspruch nicht erfolgreich sein sollte, wollen Ingrid Hagenbruch und ihre Mitstreiter\*innen weitermachen. „Sollte die Stadt den Bürgerentscheid nicht zulassen, werden wir klagen“, sagt sie. „Denn gerade beim Thema Versiegelung und dem Erhalt unserer Äcker und Grünflächen ist der Wille der Bürger\*innen besonders wichtig. Sie sind es ja, die in Zukunft mit den Folgen leben müssen.“

Karlsruhe ist die grünste Großstadt Baden-Württembergs. Zumindest wenn es um darum geht, wie viel Quadratmeter innerstädtische Grünflächen jeder Einwohnerin und jedem Einwohner zur Verfügung stehen.



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2020)

## Dossenheim: Ein „großer Teilerfolg“

11,5 Hektar Natur. Der Augustenbühl ist ein Hang, der sich hinter dem Friedhof am nördlichen Ortsrand von Dossenheim erstreckt und über den Dagmar Schülke, Patricia Reister und Klaus Avanzini gerade ihre Blicke schweifen lassen. In den vergangenen fünf Jahren haben sie dafür gekämpft, dass sie heute nicht mitten in einem Neubaugebiet stehen. Im März 2023 hat der Gemeinderat zugestimmt, den Augustenbühl als Wohnbaufläche aus dem Flächennutzungsplan herauszunehmen.

## „Wir sind mit der Entscheidung des Gemeinderats nicht einverstanden.“

Und dennoch sind die drei Aktivist\*innen nicht uneingeschränkt in Feierlaune. „Wir sind mit der Entscheidung des Gemeinderats nicht einverstanden“, stellt Dagmar Schülke, Vorsitzende des Augustenbühl e.V., gleich klar. Grund dafür ist die sogenannte „Friedhofserweiterung“, ein Areal, das sich hinter dem Friedhof entlang einer schmalen Straße hangaufwärts zieht. Dieses Stück Land ist – zusammen mit einer kleineren Fläche am unteren Ende des Augustenbühls – aus dem Gemeinderatsbeschluss herausgenommen worden. Es bleibt „Baureserveland“, so der offizielle Titel im Flächennutzungsplan. Von den 11,5 Hektar sind damit nur knapp zehn langfristig vor Bebauung geschützt.



Die Drei vom Augustenbühl – Dagmar Schülke, Klaus Avanzini und Patricia Reister.

„Der Augustenbühl ist eine ökologisch sehr hochwertige Fläche“, erklärt Patricia Reister vom Ortsverband Dossenheim des BUND. „Dabei geht es um die Qualität des Bodens, die Funktion als Kaltluftschneise und vor allem um die Artenvielfalt – und zwar im gesamten Augustenbühl und damit auch auf der Friedhofserweiterung.“ Und tatsächlich sieht das Gelände aus wie ein Naturidyll: Der Pfad, auf dem die drei über das Gelände gehen, schlängelt sich an Obstbäumen vorbei, an den Rändern Hecken mit Holunder, Wildrosen und Brombeeren, dazwischen Büsche, Reisighaufen, Totholz. Reister zeigt auf einen toten Baum, dessen Stumpf noch gut drei Meter aus dem Boden ragt. „Hier hat sich der Körnerbock eingenistet, einer der seltensten Käfer in Mitteleuropa“, erklärt sie. „Auch für den seltenen Steinkauz bieten solche Bäume ideale Bedingungen.“ Insekten, Vögel, Fledermäuse – die BUND-Expertin kann viele Arten und Gattungen aufzählen, die hier im Augustenbühl ihr Zuhause haben.

Nach einigen Minuten Anstieg erreichen die drei ein Gatter, die Straße ist durch die Bäume und Büsche schon nicht mehr zu sehen. „Bis hierher könnte das Gelände bebaut werden“, erklärt Klaus Avanzini. Das bereitet dem stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins Augustenbühl, der hier ein Grundstück mit 50 Bäumen besitzt, Kopfzerbrechen – wie auch seinen Mitstreiter\*innen. „Es ist ja nicht so, dass eine mögliche Bebauung hier abrupt enden würde“, erklärt Patricia Reister. „Vielmehr gibt es Randeffekte wie Licht- und Lärmbelastung oder auch teilweise Rodungen, die noch weit über eine Siedlung hinaus wirken und das geschützte Areal weiter schrumpfen lassen.“

Vor fünf Jahren hat sich die Initiative gegründet, zunächst als loser Zusammenschluss von Nachbarn und Menschen, die dort ein Grundstück besaßen oder gepachtet hatten. Schon bald nach der Gründung des Vereins, der heute 67 Mitglieder hat, traten die Vorsitzende Dagmar Schülke und ihre Mitstreiter\*innen Ende 2018 mit der Forderung an die Öffentlichkeit, den Augustenbühl als Naturgebiet zu erhalten.

Auf politischer Seite kam Bewegung in die Sache, als die Grünen und die CDU mehrheitlich beschlossen, Alternativflächen zu prüfen, auf denen Dossenheim noch wachsen könne, und ein Umweltgutachten für den Augustenbühl initiierten. Es zieht ein eindeutiges Fazit: „Es wird (...) aus ökologischer Sicht empfohlen, das Gebiet möglichst umfassend aus der Planung zu nehmen und in seiner jetzigen Form zu erhalten.“

Dennoch blieb der Gemeinderat in der Frage gespalten. Im Sommer 2022 legte die Verwaltung schließlich den Vorschlag für den künftigen Flächennutzungsplan offen. Mit einer monatelangen Kampagne mobilisierten die Augustenbühl-Aktivist\*innen die

## KEIN SCHÖNER LÄND

Bäume, Hecken, Wiesen und verstreute Hütten – der Augustenbühl macht an vielen Stellen seinem poetischen Namen alle Ehre.



Dossenheimer\*innen: 242 Bürger\*innen reichten eine Stellungnahme ein, 211 davon wollten den Augustenbühl als Naturfläche erhalten. Die Aktion, davon ist Schülke überzeugt, war eine Warnung an die Politiker\*innen. „Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir einen Bürgerentscheid anstreben, falls der Augustenbühl nicht vollständig aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen werden sollte.“

So kam es zu dem Kompromiss mit dem Baureserveland, der jedoch beinahe gescheitert wäre. Die Freien Wähler brachten noch in der Sitzung einen Antrag ein, der die Schutzfläche weiter verkleinert hätte. Mit 13 zu neun Stimmen war die Entscheidung knapp, neben Grünen und SPD stimmten ein CDU-Gemeinderat sowie Bürgermeister David Faulhaber, ebenfalls CDU, für den ursprünglichen Kompromiss. Auf Anfrage bestätigt Faulhaber die Argumente der Bürgerinitiative. „Wir als Gemeinde sind ergebnisoffen in die Diskussion und Planung gegangen“, ergänzt der Bürgermeister. „Die Ergebnisse von zwei externen Untersuchungen haben deutlich gezeigt, dass es sinnvoll ist, der Augustenbühl in den herausgenommenen Bereichen zu bewahren, weshalb ich diese Entscheidung auch positiv bewerte.“

Nur Freunde haben sich die Augustenbühl-Aktivist\*innen mit diesem Erfolg nicht gemacht. Denn wenn im Augustenbühl nicht mehr gebaut werden kann, müssen an anderer Stelle die Bagger anrollen, wenn Dossenheim weiter wachsen will. So die Logik der Verwaltung. Am westlichen Rand der Gemeinde etwa, auf Flächen, die ökologisch weniger wertvoll sind, dafür aber landwirtschaftlich genutzt werden. Von dort kam auch der meiste Gegenwind für die Initiative. „Wir sind generell dafür, dass so wenig Land wie möglich versiegelt wird“, betont Schülke. Sie kritisiert, dass die Politik kaum nach Alternativen zum weiteren Flächenverbrauch sucht. „Wenn man den Leerstand und die brachliegenden innerörtlichen Flächen entwickeln würde, könnte man den Platzbedarf an den Rändern deutlich verringern.“ Zudem lebten auch in Dossenheim viele Senior\*innen in großen

Häusern, weil es keine adäquaten Alternativen im Ort gebe. „Uns geht es um gemeinsame Lösungen“, sagt Klaus Avanzini und erzählt von einer älteren Dossenheimerin, die eine Studierenden-WG mit in ihr Haus einziehen ließ: „Da haben alle am Ende gewonnen: Die Studenten helfen der alten Frau und können im Gegenzug dort günstig wohnen.“

Am westlichen Rand des Augustenbühls bewirtschaftet der Verein ein eigenes Gartengrundstück. Mit Insektenhotels, Natursteinmauern für Eidechsen, Reisighaufen für Igel und andere Kleintiere, Totholz für Insekten und Vögel – und auch alte Obstsorten sollen hier bald wachsen. Für die Aktivist\*innen ist der Garten ein wichtiger Ort. „Wir haben in den letzten fünf Jahren ja nicht nur Politik gemacht, sondern den Dossenheimer\*innen den Augustenbühl in seiner ganzen Schönheit nähergebracht.“ Bei Exkursionen, Vorträgen, Festen und Aktionstagen. „Ich habe mir am Anfang unseres Engagements gesagt, dass ich etwas verändern möchte und dass ich damit vor meiner Haustür anfangen“, erzählt Schülke. Neben ihrem Beruf als Musikerin und Musiklehrerin besuchte sie in den vergangenen fünf Jahren Gemeinderatssitzungen, suchte das Gespräch mit den Fraktionen, schaute regelmäßig im Bürgerportal, wann welche Vorlagen für die Ratssitzungen veröffentlicht werden und überlegte dann mit ihren Mitstreiter\*innen, wie sie darauf reagieren. „Wir konnten so für Transparenz sorgen und auf Dinge aufmerksam machen, die ansonsten niemand mitgekriegt hätte“, ist sich Schülke sicher.

Ein „großer Teilerfolg“ sei der Beschluss des Gemeinderats für die Initiative, sind sich die drei einig. Doch ihre Arbeit ist lange nicht beendet. Die Aktivist\*innen kartieren weiter das Gebiet, dokumentieren die Artenvielfalt von Flora und Fauna. „Wir wollen für alles gerüstet sein und unser Ziel weiter verfolgen, auch die 1,5 Hektar vor der Bebauung zu retten, die nun ‚Baureserveland‘ sind“, erklärt Schülke. ■